

Nr. 15/1300

Bilanz der innenpolitischen Tätigkeiten seit 1999

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 12. März 2003
(Drucksache 15/1410)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. Mai 2003

(Drucksache 15/1478)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/1301

Gesetz zur beschleunigten Überleitung vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst (Überleitungsbeschleunigungsgesetz)

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. April 2003
(Drucksache 15/1461)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Der Senat wird aufgefordert, von den bisherigen Rahmenbedingungen ausgehend bis zum 1. Oktober 2003 ein Gesamtkonzept für den Übergang des mittleren Dienstes in den gehobenen Dienst vorzulegen, um Polizeimeistern und Polizeiobermeistern (Besoldungsgruppe A 7 und A 8) eine verlässliche Perspektive zu sichern.

Nr. 15/1302

Frieden, Freiheit, Solidarität – Für eine Verfassung der Europäischen Union

Antrag (Entschließung) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. März 2003
(Drucksache 15/1404)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 15/1303

Reformprozess des bremischen Finanzmanagements Sachstandsbericht – Dezember 2002

Mitteilung des Senats vom 18. März 2003
(Drucksache 15/1416)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/1304

Mehr Lebensqualität in Bremen und Bremerhaven durch Wirtschafts- und Strukturpolitik

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. März 2003
(Drucksache 15/1412)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. April 2003

(Drucksache 15/1469)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/1305

Abbau von gesetzlichen Regelungen und Verwaltungsvorschriften und Entbürokratisierung („Entrümpelungsinitiative“)

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 19. März 2003
(Drucksache 15/1424)

1. Der Senat wird aufgefordert,
 - alle bestehenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften auf ihre Notwendigkeit, Eignung und Angemessenheit sowie insbesondere auf ihre Belastungswirkung für den Mittelstand zu überprüfen;
 - bei allen neuen Rechts- und Verwaltungsvorschriften eine Befristung von fünf Jahren vorzusehen. Nach deren Ablauf dürfen diese nur bei nachgewiesener Notwendigkeit, Eignung und Angemessenheit weiter gelten;
 - bestehende Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu benennen, die mit einem Verfallsdatum versehen werden können;
 - zu prüfen, inwieweit künftig bei neuen Gesetzentwürfen gleichzeitig ein altes Gesetz abgeschafft werden kann und dieses jeweils zu benennen;
 - Verwaltungsverfahren, die verzichtbare Zustimmungs- und Genehmigungsvorbehalte und Anzeige-, Mitteilungs- und Berichtspflichten enthalten, entsprechend zu straffen;
 - baurechtliche Genehmigungsverfahren, soweit es geht, weiter zu vereinfachen und zu verkürzen;
 - bei der Gestaltung von Gesetzentwürfen, Verordnungen und anderer Vorschriften ab sofort zu prüfen, ob Generalklauseln Vorrang vor Detailregelungen eingeräumt werden kann; Ermessensspielräume sollten nicht durch eine zu große Regelungsdichte eingeschränkt werden;
 - auch umweltrechtliche Verfahren zu überprüfen und gegebenenfalls zu vereinfachen;
 - Dokumentationspflichten und Statistiken in der Verwaltung auf das notwendige Mindestmaß zu reduzieren;
 - Regelungen des Bundes und der EU, die das Land in seinen Reformbemühungen behindern, nicht mehr zeitgemäße Vorgaben enthalten oder im Übermaß reglementieren, zu erfassen und – möglichst gemeinsam mit anderen Bundesländern – im Bundesrat auf eine Änderung dieser Bestimmungen hinzuwirken;
 - im Rahmen seiner Möglichkeiten darauf hinzuwirken, dass sich die Europäische Union auf Rahmenvorgaben beschränkt. Damit soll im Interesse einer größeren Sach- und Bürgernähe erreicht werden, dass die gewählten Parlamente vor Ort die dafür notwendigen Entscheidungskompetenzen erhalten;

- Bremen für die Ausweisung als „Innovationszone“ mit der Möglichkeit, für fünf Jahre vom Bundesrecht abzuweichen, um den Abbau bürokratischer und Investitionen hemmender Vorschriften in der Praxis zu testen, zu empfehlen.
2. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) ab September 2003 über die eingeleiteten Maßnahmen fortlaufend halbjährlich zu berichten.

Nr. 15/1306

Verkehrsinfrastruktur im Nordwesten verbessern

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 19. März 2003
(Drucksache 15/1425)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. April 2003

(Drucksache 15/1457)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/1307

Nahverkehrsplan 2 für den Schienenpersonennahverkehr im Land Bremen 2003 bis 2007

Mitteilung des Senats vom 25. März 2003
(Drucksache 15/1430)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/1308

Nahverkehrsplan für den Schienenpersonennahverkehr im Lande Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 13. Mai 2003
(Drucksache 15/1481)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die im Nahverkehrsplan vorgesehene Weiterentwicklung des SPNV und erwartet, dass die Maßnahmen mit den straßengebundenen Nahverkehrsangeboten verknüpft und gemeinsam mit den Verkehrsmitteln des Umweltverbundes zu einem attraktiven Nahverkehrsangebot für Bremen und die Region weiterentwickelt werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass sich die Weiterentwicklung der Nahverkehrsinfrastruktur im Lande Bremen und im niedersächsischen Umland an der Siedlungsbebauung ausrichtet und Bestandteil künftiger Bauleitpläne für Wohnungsbau und Gewerbeansiedlung ist.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bei der Umsetzung des Nahverkehrsplanes 2003 bis 2007 folgende Maßnahmen prioritär zu bearbeiten
 - Anmeldung des Projektes Verlängerung der Linie 1 für das Großvorhabenprogramm des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG),
 - Einführung der Regionalstadtbahn Bremen/Niedersachsen,
 - Verkürzung der Taktzeiten auf der Strecke Vegesack–Bremen–Verden auf 15 Minuten, entweder durch den Bau eines dritten Gleises oder durch die Aufhebung der niveaugleichen Übergänge auf der Strecke nach Bremerhaven,

- Verbesserung der Verbindung zwischen Bremen und Bremerhaven und des Regionalangebotes für die an dieser Strecke liegenden Gemeinden.
- 4. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich einzusetzen, dass neben dem schienengebundenen Nahverkehrsangebot auch die überregionalen Zugverbindungen von und nach Bremen sowie das abendliche Nahverkehrsangebot von und nach Bremerhaven verbessert werden. Des Weiteren gilt es, die Umsteigemöglichkeiten am Bahnhof Bremen-Burg zu verbessern.
- 5. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat ferner, in Verhandlungen mit Niedersachsen über die Übertragung der Aufgabenträgerschaft für den schienengebundenen Nahverkehr auf den Zweckverband Verkehrsverbund Bremen-Niedersachsen einzutreten, damit straßen- und schienengebundene Nahverkehrssysteme künftig in einer Aufgabenträgerschaft liegen und entsprechend besser geplant, entwickelt und betrieben werden können.
- 6. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet im Frühjahr 2005 einen Zwischenbericht über die Umsetzung des Nahverkehrsplanes.

Nr. 15/1309

Strukturpolitik der Europäischen Union nach 2006

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. Oktober 2002
(Drucksache 15/1258)

Der Antrag ist durch die Drucksache 15/1459 erledigt.

Nr. 15/1310

Strukturpolitik der Europäischen Union nach 2006

Bericht und Antrag des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit
vom 18. März 2003
(Drucksache 15/1459)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bei den Verhandlungen der Länder untereinander auf eine einheitliche Position der Länder dem Bund gegenüber hinzuwirken. Diese Position sollte auch beinhalten die Forderung der Länder nach einer Kompensation für eventuell wegbrechende EU-Strukturfondsmittel nach 2007.

Des Weiteren erwartet die Bürgerschaft (Landtag), dass der Senat in den Verhandlungen der Länder mit dem Bund folgende Leitlinien für die Zukunft der Europäischen Strukturfonds nach 2007 vertritt:

- Bremen hat in der Vergangenheit in hohem Maße von den Europäischen Strukturfonds profitiert. Gründe für eine weitere Förderung des Landes bestehen fort, auch wenn sich die Relationen in einer erweiterten Union verändert haben werden. Bremen muss daher eine politische Position zur Zukunft der europäischen Strukturpolitik formulieren, die die Wahrung der Interessen des Landes an weiterer berechtigter Förderung mit einem klaren Bekenntnis zur Fortführung einer solidarischen gemeinschaftlichen Politik unter veränderten Bedingungen verbindet.
- Auch die Strukturpolitik muss einen Beitrag zum Gelingen der Erweiterung der Union und zur Fortsetzung und Vertiefung ihres wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zusammenhalts leisten. Wenn das Entwicklungsgefälle in der erweiterten Union drastisch zunimmt, müssen die Anstrengungen zu seiner Überwindung verstärkt werden. Dies erfordert auch Zugeständnisse von den Regionen, die bisher von der solidarischen Kohäsionspolitik profitiert haben. Gleichzeitig muss diese Politik des solidarischen Zusammenhalts aber in der gesamten Europäischen Union sichtbar bleiben. Europäische Strukturpolitik muss daher auch in Zukunft ein Angebot für verschiedene Regionen machen: für die Regionen mit großem Entwicklungsrückstand, für Regionen der jetzi-

gen EU der 15, die den Prozess der Konvergenz noch nicht abgeschlossen haben, für Regionen mit anhaltenden Strukturproblemen.

- Ein Wechsel zu einem Nettofondsmodell wird abgelehnt.
- Bei den Anstrengungen um eine Reform der bisherigen Strukturpolitik sind die Rahmenbedingungen – allgemeine Haushaltsobergrenze der EU von 1,27 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP), Ausgaben für Strukturpolitik 0,45 Prozent des BIP – beizubehalten und möglichst zu unterschreiten. So sehr Deutschland für eine regionale Solidarität durch Strukturfördermittel steht und einen wesentlichen finanziellen Beitrag hierzu leistet, so sehr muss auch aus der Sicht der Länder ein Interesse an der Beschränkung des deutschen Beitrags bestehen.
- Die Förderung nach Ziel 2 (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) und Ziel 3 (Europäischer Sozialfonds) muss in geeigneter Weise fortgeführt werden. Die Verteilung der Mittel muss dabei nach objektiven, sachgerechten und damit berechenbaren Kriterien erfolgen, zum Beispiel Arbeitslosigkeit. Ziel muss die Aufrechterhaltung einer Gemeinschaftspolitik sein, die eine verlässliche Unterstützung für Regionen im strukturellen Wandel bietet und mit klaren Kriterien Fördergebiete und Maßnahmenschwerpunkte benennt.
- Die Gemeinschaftsinitiativen sollten nach 2007 erhalten bleiben.
- Hinsichtlich der Ausstattung der Fonds sollte die bestehende Verteilungsrelation zwischen Ziel-1- und Ziel-2-Gebieten in der EU 15 für die Zeit von 2007 bis 2013 fortgeschrieben werden.
- Die Verwaltung der Strukturfonds muss vereinfacht werden. Dabei sind unter anderem der Vorschlag der Kommission im Weißbuch „Europäisches Regieren“ über den Abschluss von Drei-Parteien-Verträgen mit den Regionen und Mitgliedstaaten und das Prinzip „Ein Programm – ein Fonds“ als Instrumente zur Vereinfachung zu prüfen. Den Regionen ist mehr Verantwortung für die Umsetzung zu geben, vor allem sind die Auszahlungen zu vereinfachen. Die Kontrollverfahren können vereinfacht werden, sofern die Verantwortung der Kommission für den Haushalt und für die Kontrolle der Einhaltung der Ziele der Strukturpolitik gewahrt bleibt. Diese muss sich auch auf die Vereinbarkeit mit anderen europäischen Politiken erstrecken.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit Kenntnis.

Nr. 15/1311

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen – Abschlussbericht
Mitteilung des Senats vom 18. März 2003
(Drucksache 15/1417)
2. Wissenschaft in Bremen – fit für die Zukunft
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 26. März 2003
(Drucksache 15/1438)

D a z u
Mitteilung des Senats vom 29. April 2003
(Drucksache 15/1470)
3. Wissenschaftsplan 2010
Mitteilung des Senats vom 8. April 2003
(Drucksache 15/1454)

4. Auch eine Konsequenz aus Pisa: Mehr Bildung und Betreuung – Investieren in Ganztagsschulangebote
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 26. März 2003
(Drucksache 15/1439)

D a z u
Mitteilung des Senats vom 29. April 2003
(Drucksache 15/1471)
5. Arbeitsstand der Umsetzung der Empfehlungen des „Runden Tisches Bildung“
Mitteilung des Senats vom 6. Mai 2003
(Drucksache 15/1477)
6. Ehrlichkeit in der Politik
Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 17. April 2003
(Drucksache 15/1460)
7. Stationäre Altenhilfe verbessern
Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 28. April 2003
(Drucksache 15/1463)
8. Abschlussbericht des Petitionsausschusses nach § 11 des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft (Stand: 15. Mai 2003)
vom 6. Mai 2003
(Drucksache 15/1473)